

Fragenkatalog des VCD zur Kommunalwahl

Für den Landkreis Aschaffenburg

Antwort von Dr.Legler

Verkehr

1. Welche Maßnahmen sollte der Landkreis Aschaffenburg einleiten, um den Umstieg vom Auto zum ÖPNV zu erleichtern bzw. wie stehen Sie dazu, auf Grund des zunehmenden Flächenverbrauchs und der Notwendigkeit Ressourcen zu schonen Synergien zu prüfen und Planungsalternativen (z.B. Verzicht auf eine Umgehungsstraße) im Sinne einer Verkehrswende einzuleiten?

Notwendig ist ein intelligenter, zukunftsweisender Verkehrsmix mit der weiteren Verbesserung des ÖPNV

in Angebot (z. B. bessere Taktungen, mehr Verbindungen, Ruf-Busse, weitere Schnellbuslinien, weniger Umstiege, Express-Bembel, u.a. Fahrten nach Möglichkeit ohne Umstieg bis Frankfurt),

in Qualität (z. B. Platz, Mitnahmemöglichkeiten von Rädern, Abstellmöglichkeiten von PKW und Rädern an Haltestellen, barrierefreie Haltestellen, barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, Anzeigetafeln, Echtzeit-Infos, Handy-Tickets, Apps, W-LAN in Bus und Bahn, mehr Fahrten ohne Umstieg bis zum Ziel, ausreichende Umsteigezeiten, Pünktlichkeit),

im Preis (z. B. nicht nur 365-€-Ticket (darunter „Metropolticket“ u.a. Tickets für Fahrten über Verbunds-/und Landesgrenzen) mit dem Ziel für alle und deutschlandweit, sondern auch Kurzstrecken müssen i.d.R. günstiger werden, da hier hohe Preise sehr oft abhalten von der Nutzung von Bus und Bahn, einfachere Preisstrukturen/Tarifstrukturen) und

in der Vernetzung untereinander und auch mit anderen Mobilitätsformen (z. B. kurze Umsteigezeiten, aber dennoch mit ausreichend Luft, dass der Umstieg gelingt, wenig Umsteigenotwendigkeiten, ausreichend Abstellplätze für PKW und Rad, Mitnahmemöglichkeiten von Rädern), darunter PKW und Fahrrad und eines weiteren Ausbaus der Radwege und Lückenschlusses in unserem Radwegenetz.

Dabei wird es auch weiterhin immer Menschen geben, die auf das Auto angewiesen sein werden oder nicht verzichten wollen. Diesbezüglich müssen wir grundsätzlich und weiterhin sowie mehr und mehr auf umweltschonende, alternative und damit klimaneutrale Antriebsarten setzen.

Davon abgesehen wird derzeit das Regionale Mobilitäts- und Siedlungskonzept 2035 erstellt, das auch Vorschläge zur Optimierung des ÖPNV und der Entlastung von Verkehr liefern soll, worunter vor allem auch viele Ortsdurchfahren und deren Anwohner in den Gemeinden leiden, nicht nur entlang der Autobahnen.

Viele Vorhaben auf Verbesserung im ÖPNV werden im Rahmen von Pilotprojekten auf ihre tatsächliche Akzeptanz getestet werden müssen.

Zum Thema Umgehungsstraßen:

Die Umgehungsstraße von Pflaumheim z. B. wird der Entlastung der von Verkehr, Lärm und Emissionen geplagten Anwohnern, der Verkehrssicherheit, dem Schutz der Gesundheit und der Erhöhung der Lebensqualität dienen.

In Alzenau wurde überdies durch die Westumgehung attraktive Innenstadtentwicklung maßgeblich mit ermöglicht.

Da eine Umgehungsstraße stets Fläche in Anspruch nimmt, muss eine solche Maßnahme stets mit Bedacht und unter einer Abwägung mit natur- und artenschutzrechtlichen Belangen erfolgen, was bereits von Gesetzes wegen zu Recht vorgeschrieben ist ebenso wie ein entsprechender Ausgleich zu erfolgen hat.

In jedem Fall hat auch der Mensch einen berechtigten Schutzanspruch.

Und es sollten nicht die jeweils bestehenden Interessen gegeneinander ausgespielt, sondern sinnvoll und damit immer auch interessensgerecht miteinander in Einklang gebracht werden. Das nutzt nach meiner festen Überzeugung im Ergebnis beiden Seiten, schafft Bewusstsein und fördert Verständnis. Ein pauschales für oder wider jedenfalls kann als Antwort nicht erfolgen.

Überdies müssen i.d.R. auch für die Schaffung neuer Radwege, die wir ausbauen und wo wir Lücken schließen wollen, ebenfalls Flächen in Anspruch genommen werden. Hier müssen ebenfalls eine interessensgerechte Abwägung und ein Ausgleich erfolgen.

2. Was halten Sie von drastischen Preissenkungen für ÖPNV-Tickets (z. B. in Form eines „100 €-Tickets“ pro Bürger und Jahr wie im Landkreis Ostallgäu)?

Grundsätzlich gilt, s.o., dass auch die Preise im ÖPNV verändert werden müssen. Aus vielen Gesprächen ist mir bekannt, dass aber nicht immer oder nicht nur der Preis ausschlaggebend ist für den Umstieg, sondern gerade auch das Angebot und die Qualität. Es braucht daher ein Zusammenspiel aller Faktoren.

Bei alledem gilt, der Ausbau und die Verbesserungen des ÖPNV wird uns erhebliche Kosten abverlangen, die nicht zu Lasten der Nutzer gehen dürfen. Hier braucht es tatkräftige Unterstützung von Bund und Land. Die Kommunen werden die auf sie zukommenden Mehrbelastungen jedenfalls nicht – oder nicht überall – ob ihrer Vielfalt an Aufgaben alleine stemmen können.

3. Unterstützen Sie eine Zweigleisigkeit der Bahnstrecke Miltenberg – Aschaffenburg, um einen Halbstundentakt zu erreichen und wie stehen Sie zur Elektrifizierung bzw. Einsatz von Brennstoffzellenzügen auf den Bahnstrecken am Untermain ?

Maßnahmen, die zu einer Optimierung des ÖPNV führen sind ebenso zu begrüßen wie solche, die den Ausstoß klima- und umweltschädlicher Emissionen reduzieren bzw. ganz verhindern.

Bei E-Mobilität in welcher Form auch immer muss das Ziel auch sein, diese mit grünem Strom zu speisen.

Bei einer Elektrifizierung ist schließlich immer auch an die dafür erforderliche Infrastruktur zu denken, die mit vorhanden sein bzw. geschaffen werden muss. Schließlich ist bei E-Mobilität auch der Aspekt der Batterien unter dem Gesichtspunkt vor allem was deren Entsorgung und den Abbau von Lithium anbelangt mit zu berücksichtigen.

4. Die Stadt Aschaffenburg darf sich „fahrradfreundliche Stadt“ nennen. Was tun Sie, damit auch der Landkreis Aschaffenburg offiziell ein „fahrradfreundlicher Landkreis“ wird. Werden Sie die Stelle eines Radverkehrsbeauftragten (wie in AB-Stadt) auch im Landkreis Aschaffenburg einführen ?

Der Landkreis hat bereits auf Vorschlag des Landrates einen Antrag auf Aufnahme in die „AG fahrradfreundlicher Kommunen“ gestellt und verbessert davon abgesehen kontinuierlich seine Radwegeinfrastruktur.

Die Stelle eines Radwegebeauftragten ist dann sinnvoll, wenn dessen Aufgaben nicht anderweitig ebenso gut wahrgenommen werden/werden können. Bislang entstand nicht der Eindruck, dass diese Stelle erforderlich ist, für eine Aufnahme in die AG ist eine solche Stelle als zwingendes Kriterium per se nicht notwendig.

In jedem Fall eine Herausforderung bleibt sehr oft die Schaffung einer innerörtlichen fahrradfreundlichen Infrastruktur.

5. Sind Sie bereit, ein Konzept zum Car Sharing auch im Landkreis Aschaffenburg aktiv zu unterstützen ?

Ein durchdachtes Selbstverständlich. Insofern bin ich sehr an der Vorstellung Ihres Konzeptes interessiert.

Klimaschutz

6. Der CO₂-Verbrauch pro Kopf und Jahr beträgt in Bayern 6 t und am Bayerischen Untermain 11 t. Durch welche Maßnahmen kann man erreichen, dass die Werte deutlich sinken?

Durch ein Bündel an Maßnahmen und vor allem nur durch das Zusammenwirken aller im Bereich Umwelt- und Klimaschutz relevanten/interessierten Akteure, darunter auch die Industrie und diejenigen, die für den überörtlichen Verkehr, z. B. auf unseren Autobahnen mit

Verantwortung tragen, da deren Emissionen mit in die Bilanz der Region einfließen und überdies mit einer deutlichen Zunahme auch an Schwerlastverkehr zu rechnen ist.

Bei der Senkung der Emissionen handelt es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe. Maßnahmen der Kommunen alleine reichen dafür nicht aus. Kommunen, Handel, Wirtschaft, Gewerbe, Haushalte, Landwirtschaft, Winzer, Obstbauern, Öffentlichkeit, Jugend, Schülerinnen und Schüler, Verbände, Vereine, Organisationen aus den Bereichen Schutz von Umwelt, Natur, Klima, Wald, unserer Arten usw. sind ebenfalls mit gefordert.

An Maßnahmen braucht es u.a. der Optimierung des ÖPNV, der deutlichen Reduzierung des Individualverkehrs, des verstärkten Aufbaus von Humus, von Wäldern, vor allem deren Umbaus zu noch besseren CO₂-Speichern, der Reduzierung von Transportwegen im Bereich Waren, Lebensmittel und Abfall, eine Stärkung der Regionalität und damit heimischer Erzeugnisse, was eben auch die Transportwege verkürzt, die Fortsetzung energetischer Sanierungen und Umrüstung von Beleuchtungen, die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau an Beratungsangeboten und sowie dezentraler klimafreundliche Wärme- und Stromerzeugung/Versorgung sowie deren Förderung auch im privaten Bereich, Umrüstung von Fahrzeugen auf alternative Antriebsarten, mehr Grün und Durchgrünung von Ortschaften und Baugebieten, die enge Vernetzung, Zusammenarbeit sowie Zielsetzungen der einzelnen Akteure und (gegenseitigen) Kontrolle der Ziele, die weitere Umsetzung des landkreiseigenen Umweltleitbildes sowie des vorhandenen Klimaschutzkonzeptes und dessen Fortschreibung, verstärkte Umweltbildung in KITAS und Schulen (im Übrigen auch Ernährungspädagogik, auch um regelmäßig den Wert von Lebensmitteln, den Produktionsweg und die damit verbundenen Kosten und Mühen aufzuzeigen, auch dadurch kann deutlich werden, dass und warum Lebensmittel ihren Preis haben müssen). Das Fraunhofer IWKS und die TH Aschaffenburg sind ebenfalls ein wichtiger Partner.

7. Wie wollen Sie erreichen, dass das Landratsamt und der Landkreis Aschaffenburg klimaneutral wird und wann sollte dieses Ziel erreicht werden?

Das Ziel ist selbstverständlich so rasch wie möglich und so realistisch wie möglich zu erreichen.

Hierfür müssen sich die o.g. Akteure zusammensetzen und Ziele definieren unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen, ggf. nicht beeinflussbarer Faktoren und der eigenen Möglichkeiten zur Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen. Anschließend kann auch ein Zeitraum realistisch festgelegt werden.

Ziel ist der klimafreundliche Landkreis (vgl. hierzu auch das Projekt des Landkreises München), dafür notwendige Maßnahmen (und Akteure) wurden unter 6 aufgezeigt. Und ein weiteres Ziel ist das klimaneutrale Landratsamt. Hierzu finden sich ebenfalls Maßnahmen unter 6, der Bestandsbau wird derzeit auch energetisch saniert.

8. In der Stadt Aschaffenburg hat die Jugendbewegung „Fridays for Future“ einen Sitz in der Energie- und Klimaschutzkommission erhalten. Sehen Sie eine Möglichkeit, engagierte Schülerinnen und Schüler im Landkreis Aschaffenburg aktiv in die Arbeit für mehr Klimaschutz einzubinden?

Selbstverständlich. Das Potential und Interesse ist ebenso enorm wie erfreulich und muss genutzt werden.

Möglichkeiten bestehen durch Mitarbeit im Umweltbeirat, in den Kommunen, in den entsprechenden Vereinen und Verbänden oder in dem von mir geplanten Netzwerk (s.o. „Vernetzung/Zusammenarbeit aller Akteure“) sowie in bereits bestehenden oder geplanten Aktionen wie „Sauberer Landkreis“, „der Landkreis summt“ oder künftig „Bürger pflanzen Bäume“, „Initiative Landkreisgrün“, z. B. bei der Schaffung eines landkreisweiten Grün- und Blühbandes.